



Die Um- und Erweiterungsbauten des Kurhauses in Baden-Baden. Die Wirtschafts-Terrasse.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

57. JAHRGANG. * № 12/13. * BERLIN, DEN 10. FEBRUAR 1923.

*** HERAUSGEBER: DR.-ING. h. c. ALBERT HOFMANN. ***

Alle Rechte vorbehalten. — Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

Zur Frage der „Kleinstwohnungen“.

Von Dipl.-Ing. Ganzer in Karlsruhe.



Daß an sich berechtigte, aus der allgemeinen Entwicklung der Wirtschaft sich ergebende Forderungen häufig erst dann sich durchzusetzen vermögen, wenn der Druck der Not andere Lösungen auf dem betreffenden Wirtschaftsgebiet geradezu unmöglich macht, ist eine leider in den letzten Jahren bei uns nicht zu seltene Erscheinung. So sind auf dem Gebiet der Wohnungsbeschaffung die Stimmen derer, welche beizeiten zu einer unserer Wirtschaftslage entsprechenden Beschränkung des zu erstellenden Wohnraumes geraten haben, fast ungehört geblieben. Die Entwicklung der letzten Monate hat Verhältnisse gezeitigt, welche eine andere Lösung der Wohnungsfrage wohl kaum mehr zulassen: Die Lösung für die Zukunft muß sein, Kleinstwohnungen zu errichten. Diese Forderung muß in die weitesten Kreise hinein getragen werden, damit eine rechtzeitige und möglichst hemmungslose Einstellung der Wirtschaft erfolgen kann. In Nummer 589 der „Badischen Presse“ vom 20. Dez. 1922 hat Stadtbaurat Dr. D o m m e r - Karlsruhe seine bezüglichen Gedanken entwickelt. Sie sollen hierunter kurz zusammengefaßt und bestätigt werden durch Erfahrungen, welche die hiesige Wohnungs-Bewirtschaftung gezeitigt hat.

I. Die sprunghaft steigende Teuerung in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres bringt trotz der vom Reich gewährten Darlehensmittel die Städte, wenn anders sie die angefangenen Bauten nicht liegen lassen wollen, so tief in die Schulden, daß das Rechnungsjahr 1923 mit einem Teil derselben belastet werden wird. Es gilt also, mit den erreichbaren Mitteln vorsichtig zu wirtschaften, umso mehr, als die künftige Entwicklung ganz im Dunkeln liegt.

Es sei hier vorweg genommen, daß für das kommende Baujahr die entscheidende Frage nicht die ist, ob freie oder Gemeinwirtschaft die richtige Form auf diesem Gebiet darstellt. Es muß vielmehr als gegebene Tatsache angenommen werden, daß die Nettomiete in den Altwohnungen

durch das Reichsmieten-Gesetz festgehalten und damit der Wohnungsbau aus sich heraus nicht rentabel ist, also der Zuschüsse bedarf: dieser Zustand kann von heute auf morgen nicht geändert werden. In ihm liegt ohne Frage auch nicht die Ursache der ungenügenden Wohnungsproduktion, sondern in der Unterbilanz unserer gesamten Volkswirtschaft. Es fehlt unserer Volkswirtschaft an Kapital für eine Wohnungs-Erzeugung im Ausmaß des Vorkrieges; solange aber die alte Produktionshöhe nicht wieder erreicht ist, muß man entweder die Zahl der Neubauten verringern, kann diese allerdings dann in derselben Größe wie bisher erstellen, oder aber man baut die gleiche Anzahl neuer Wohnungen wie früher, muß diese aber kleiner machen.*)

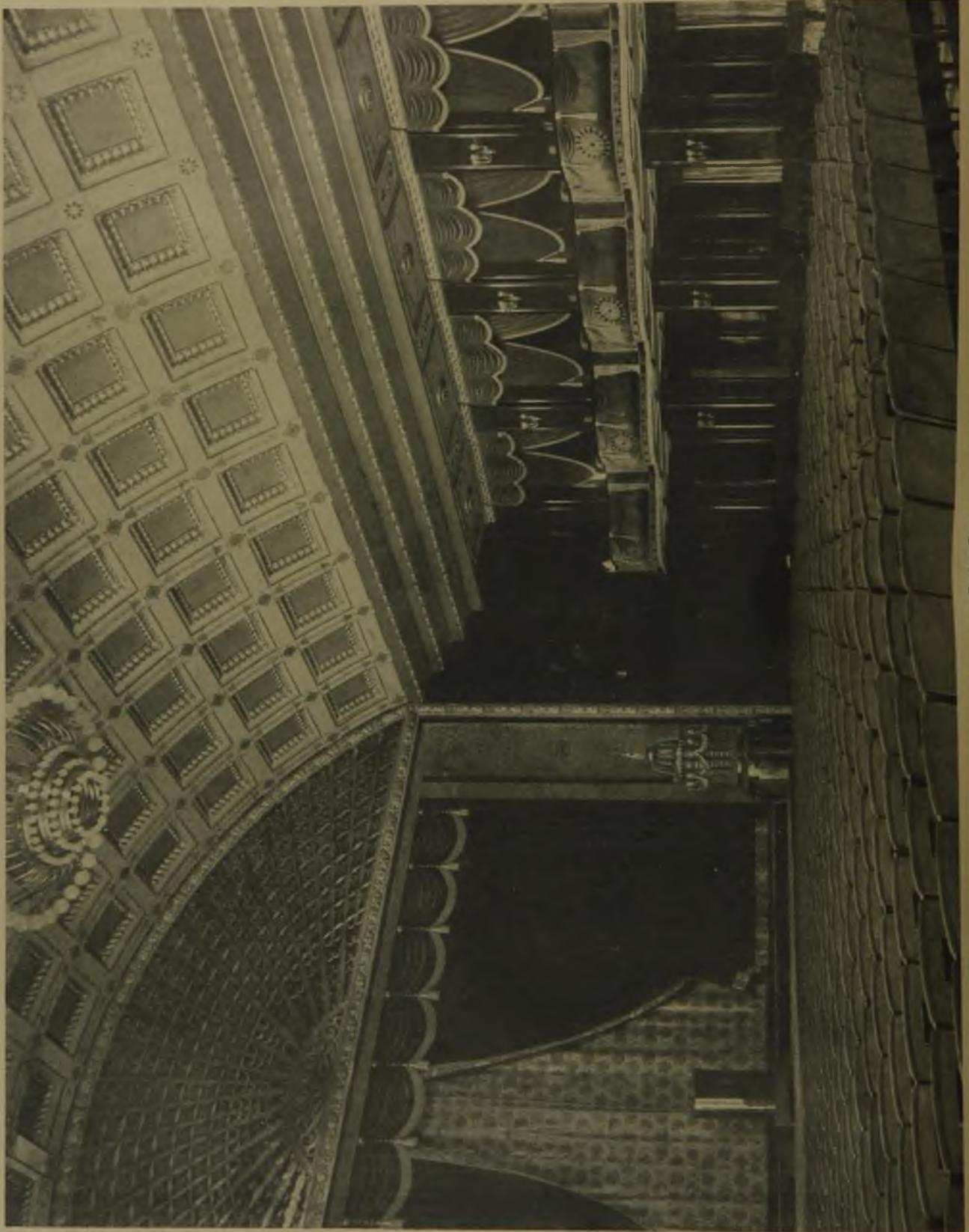
Die finanzielle Auswirkung des Kleinstwohnungsbaues mögen folgende Gegenüberstellungen veranschaulichen:

Wir gehen davon aus, daß vor dem Krieg im Stockwerksbau bei bescheidener Abmessung und Ausstattung (ohne Berücksichtigung des Grundstückspreises und der Aufschließungskosten) gekostet haben: 1 Dreizimmerwohnung rd. 5000 Goldmark, 1 Zweizimmerwohnung rund

*) Anmerkung der Redaktion. Hier geht der Herr Verfasser von unzutreffenden Voraussetzungen aus. Daß der jetzige katastrophale Zustand im deutschen Wohnungswesen nicht von heute auf morgen geändert werden kann, ist für jeden Einsichtigen offenbar. Das Bedauerliche ist nur, daß noch nicht einmal entschiedene und entschlossene Anfänge zu bemerken sind, durch Übergang zur freien Wohnungswirtschaft und durch Entlastung der großen Mittel die das Wohnungswesen jetzt schon verschlingt, von allen vielköpfigen Organisationen, die an diesen Mitteln zehren die Hervorbringung neuer Wohnungen zu fördern und ihr die Wege zu ebnet. Wir haben kürzlich erst ausgedrückt, daß wir das Vertrauen zur Energie unserer Bauindustrie haben, daß, wenn man ihr die jetzt schon reichlichen Mittel zur Produktion von Wohnungen ohne einengende Bedingungen überläßt, schon nach Jahresfrist eine fühlbare Abnahme des Wohnungselendes zu spüren sein würde. Ganz unzutreffend erscheint uns die Annahme, daß es unserer Volkswirtschaft an genügendem Kapital für eine Wohnungs-Erzeugung im Ausmaß des Vorkrieges fehlt. Kapital ist reichlich vorhanden: es wird nur in Kanäle geleitet in denen es ergebiger und freier arbeitet, als im Wohnungswesen mit allen seinen ärgerlichen Zwangsbestimmungen. Wirtschaft und Freiheit sind Begriffe, die einander ergänzen müssen, soll die Wirtschaft produktiv sein. —

3800 Goldmark, 1 Einzimmerwohnung rd. 2800 Goldmark. Unter Zugrundelegung einer vierzehnhundertfachen Über-
 teuerung betragen heute die Baukosten für 1 Dreizimmer-
 wohnung rd. 7,0 Mill. Papiermark, 1 Zweizimmerwohnung
 rd. 5,3 Mill. Papiermark, 1 Einzimmerwohnung rd. 3,9 Mill.
 Papiermark.

wandes beschafft (das gibt für eine Dreizimmerwohnung
 1,40, für eine Zweizimmerwohnung 1,06 und für eine Ein-
 zimmerwohnung 0,78 Mill. Papiermark), so entfallen auf
 die öffentlichen Darlehen 80 v.H. der Baukosten. Dieser
 Anteil beträgt bei 500 Wohnungen zu je 3 Zimmern:
 2800 Mill. Papiermark, 2 Zimmern: 2120 Mill. Papiermark.



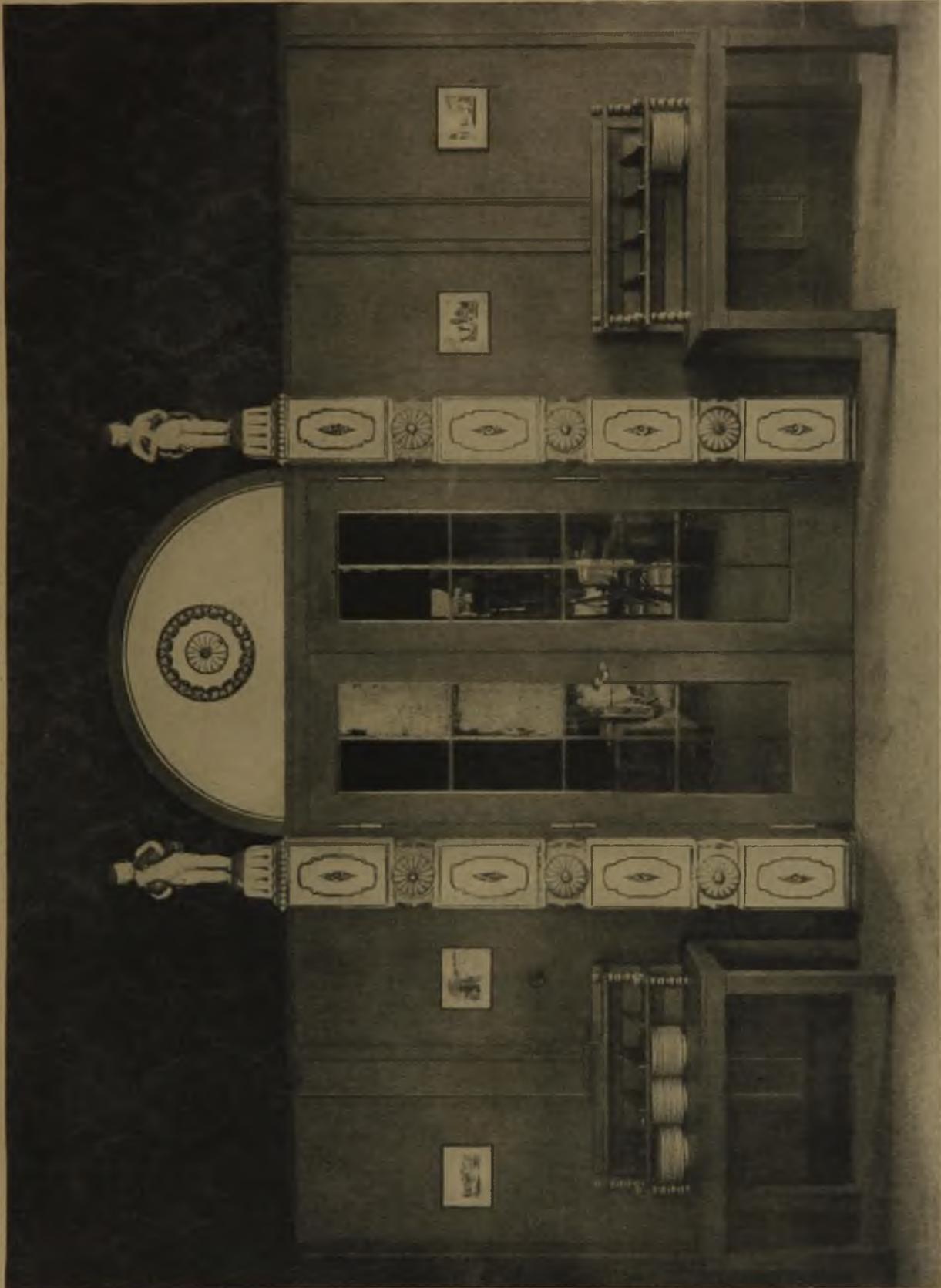
Die Um- und Erweiterungsbauten des Kurhauses in Baden-Baden. Der Große Bühnensaal.

Die Vorkriegs-Erzeugung in Karlsruhe betrug im Durch-
 schnitt mindestens 500 Wohnungen im Jahr. Eine Jahres-
 produktion in diesem Umfang würde heute erfordern bei
 Erstellung von Dreizimmerwohnungen 3500 Mill. Papier-
 mark, Zweizimmerwohnungen 2650 Mill. Papiermark, Ein-
 zimmerwohnungen 1950 Mill. Papiermark. Wird damit ge-
 rechnet, daß bei der heutigen gebundenen Wirtschaft der
 Banherr in irgend einer Form 20 v.H. des Gesamtbauauf-

1 Zimmer: 1660 Mill. Papiermark. Sollten diese Bau-
 darlehen durch Wohnungsabgabe beigeschafft werden, so
 wäre in Karlsruhe, wo eine Wohnabgabe von 1 v.H. des
 Steuerwertes etwa $3\frac{1}{2}$ Millionen netto abwirft, durch diese
 insgesamt beizubringen für 500 Dreizimmerwohnungen:
 800 v.H., Zweizimmerwohnungen: 600 v.H., Einzimmer-
 wohnungen 475 v.H. des Steuerwertes der veranlagungs-
 pflichtigen Gebäude. Auf die Friedensmiete umgerechnet

würde die Wohnabgabe demnach das 120-, oder 90-, oder 71fache der Vorkriegsmiete zu betragen haben. Anders ausgedrückt mit einer Wohnabgabe, welche nach obiger Aufrechnung zum Bau von 500 Dreizimmerwohnungen erhoben werden müßte, könnten 660 Zweizimmerwohnungen oder 900 Einzimmerwohnungen errichtet werden. Wenn

II. Neben diesen finanziellen Gründen wird die künftige Wohnungs-Erzeugung in die Richtung des Kleinstwohnungsbaues gedrängt durch die Bevölkerungsbewegung des letzten Jahrzehntes. Zwischen den Volkszählungen von 1910 und 1919 ist im heutigen Reichsgebiet die Einwohnerzahl um 584 301, die Zahl der Haushalte dagegen



Die Um- und Erweiterungsbauten des Kurhauses in Baden-Baden. Der Rostraum.

nun für Bauzwecke auch noch andere Mittel wie die aus der Wohnabgabe, namentlich in Form von privaten und öffentlichen Arbeitgeber-Zuschüssen, flüssig gemacht werden können, so ist doch aus den eben errechneten Zahlen über die notwendige Höhe der Wohnabgabe ersichtlich, daß jedenfalls die Kleinstwohnung eine bedeutsame Rolle in der Bauwirtschaft der nächsten Jahre spielen muß.

um fast das Doppelte, und zwar 922 305, gestiegen. Gleichzeitig hat sich die Durchschnitts-Kopfzahl eines Haushaltes von 4,3 im Jahr 1910 auf kaum 3,8 im Jahr 1919 in Karlsruhe verringert. Vor dem Krieg haben in Karlsruhe im Jahresdurchschnitt rd. 1000 Eheschließungen stattgefunden, nach dem Krieg teilweise die doppelte Zahl. Im Einzelnen betrug in Karlsruhe die Zahl der Eheschließungen

im Jahr 1913: 1050, 1920: 2155, 1921: 1840, 1922: 1603. Zu den Ursachen der bestehenden Wohnungsnot zählt also in erster Linie die anormale Zunahme von Haushaltsgründungen. Will man der Not steuern, so müssen diese in erster Linie untergebracht werden. Die Verbesserung der von früher bestehenden Wohnverhältnisse kommt erst in zweiter Linie in Frage.

III. Endlich weisen die Ergebnisse der Wohnungsbewirtschaftung gebieterisch auf die Errichtung von Kleinstwohnungen, was im Folgenden anhand der Karlsruher Entwicklung näher erläutert werden soll.

Vorweg sei bemerkt, daß in Karlsruhe die Wohnungsgesuche geschieden werden in Neubedarfs- und Tauschfälle:

a) Auf Neubedarf wird geschrieben, wer überhaupt keine Wohnung hat oder eine so schlechte, daß er sie nicht tauschen kann, oder eine so kleine, daß bei Trennung der Eltern von den Kindern über zwölf Jahren und der Geschlechter bei den Kindern vom selben Alter an die erforderliche Anzahl der Schlafräume nicht vorhanden ist;

b) alles andere sind Tauschfälle.

Von den Neubedarfsfällen wird je nach dem Angebot von Wohnungen aus den zeitlich ältesten Fällen — diese sind nach einem Zeitsystem auf Stichtage eingestuft unter Berücksichtigung besonderer Verhältnisse (Flüchtlinge, Schwerkriegsverletzte, Lungenkranke) — eine Spitzengruppe gebildet, welche als vordringlich geführt wird und allein zum Abschluß von Mietverträgen über verfügbar werdende Familienwohnungen zugelassen ist. Um ein zu frühes Heiraten lediglich zu dem Zweck, für eine Wohnung vorgemerkt zu werden, zu verhindern, wird den Verlobten, vom Anmeldetag als Wohnungssuchende gerechnet, je nach dem Lebensalter des Bräutigams ein bestimmter Teil der Brautzeit auf die Wartezeit angerechnet, d. h. bei der Einstufung nach vollzogener Eheschließung der Stichtag um eine entsprechende Spanne über den Heiratstag zurückverlegt. Tauschfälle sind nur berechtigt, mit anderen Tauschsuchern im direkten oder Ringtausch-Verfahren eine andere Wohnung zu nehmen; über eine freie Wohnung kann ein Tauschsucher nur dann einen Mietvertrag abschließen und zur Genehmigung vorlegen, wenn die neue Wohnung nicht mehr Räume enthält als seine bisherige.

Die Entwicklung des Wohnungsbedarfes in Karlsruhe vom Frühjahr 1922 bis zum Jahresbeginn 1923 wird durch die beiden nachfolgenden Tabellen dargestellt.

Tabelle 1.

Gesamtbedarf an Neuwohnungen nach Zimmerzahl aus Neubedarf und Ortstausch nach dem Stand vom 1. April 1922.

Größe der Wohnungen	aus Neubedarf		aus Ortstausch		Gesamtbedarf
	aus Neubedarf	aus Ortstausch z. Verfügung	benötigt		
1 Zimmer	200	100	—	100	100
2 "	1320	620	—	700	700
3 "	500	—	470	970	970
4 "	130	—	140	270	270
5 und mehr "	50	—	110	160	160
zusammen	2200	720	720	2200	

Es waren somit insgesamt neu zu beschaffen: 100 Ein-, 700 Zwei-, 970 Drei-, 270 Vier-, 160 Fünf- und Mehrzimmerwohnungen.

Tabelle 2.

Stand des Karlsruher Wohnungsmarktes am 1. Januar 1923.

Wohnungs-Nachfrage und -Angebot	Zahl der Wohnungen mit					
	1 Zimm.	2 Zimm.	3 Zimm.	4 Zimm.	5 u. mehr Zimm.	Insgesamt
I. Nachfrage durch						
1. Neubedarfsfälle .. (davon vordringl.)	74 (4)	2127 (258)	372 (190)	65 (48)	20 (16)	2658 (516)
2. Tauschfälle ..	52	979	475	533	233	3277
zusammen	126	3106	1847	603	253	5935
II. Angebot durch						
1. Neubedarfsfälle ..	232	280	86	19	7	624
2. Tauschfälle ..	259	1452	929	411	247	3311
zusammen	491	1715	1015	430	254	3005
III. Bilanz aus Angebot u. Nachfrage						
1. Überschuß d. Nachfrage ..	—	1391	832	173	—	—
2. Überschuß des Angebotes ..	365	—	—	—	1	—
3. Fehlende Wohnungen ..	—	—	—	—	—	2030 *)

*) Unter den durch Neubedarfsfälle angebotenen Wohnungen sind etwa 2/3 als nur vorübergehende Familienunterkünfte zu betrachten, sodaß die Zahl der fehlenden Wohnungen nicht 2030, sondern rd. 2400 beträgt.

Während also am 1. April 1922 der Bedarf an Dreizimmer-Wohnungen den an Zweizimmer-Wohnungen um 270 überstiegen hat, ist heute der Bedarf an Zweizimmer-Wohnungen um 560 größer als an Dreizimmer-Wohnungen. Schon hieraus ist klar ersichtlich, daß der Hauptmangel an Wohnungen immer mehr an solchen kleinsten Ausmaßes eintritt. Eine Anzahl weiterer Tabellen mögen diese Bewegung von anderem Gesichtspunkt aus beleuchten.

Tabelle 3.

Stand der	a) Neubedarfsfälle für					
	1	2	3	4	5 u. mehr Zimmer	Summe
am 1. 5. 21	245 (37 ¹)	1609 (406 ²)	886 (436)	244 (108)	94 (48)	3078 (1035)
" 1. 1. 22	184 (11)	1556 (170)	703 (263)	166 (56)	67 (27)	2676 (527)
" 1. 1. 23	74 (4)	2127 (258)	372 (190)	65 (48)	20 (16)	2658 (516)
	b) Tauschfälle für					
am 1. 5. 21	35	503	913	408	210	2069
" 1. 1. 22	27	559	956	412	211	2166
" 1. 1. 23	52	979	1475	538	233	3277

Die Gesamtzahl der Wohnungssuchenden betrug demnach am 1. 5. 1921: 5147³), 1. 1. 1922: 4832, 1. 1. 1923: 5935.

Tabelle 4.

Vergebene Wohnungen.

Zimmerzahl	1921		1922	
	insgesamt		insgesamt	
1 Zimmer	insgesamt		232	148
	davon verfügbar durch	a) Neubau ..	2	—
		b) Rationierung usw. ..	134	28
		c) Haushaltsauflös. usw. ..	83	109
	d) Tausch ..	13	111	
2 Zimmer	insgesamt		782	677
	davon verfügbar durch	a) Neubau ..	47	29
		b) Rationierung usw. ..	121	44
		c) Haushaltsauflös. usw. ..	503	427
	d) Tausch ..	212	176	
3 Zimmer	insgesamt		887	728
	davon verfügbar durch	a) Neubau ..	208	194
		b) Rationierung usw. ..	34	19
		c) Haushaltsauflös. usw. ..	311	253
	d) Tausch ..	334	262	
4 Zimmer	insgesamt		386	241
	davon verfügbar durch	a) Neubau ..	53	8
		b) Rationierung usw. ..	2	—
		c) Haushaltsauflös. usw. ..	112	88
	d) Tausch ..	219	145	
5 und mehr Zimmer	insgesamt		253	132
	davon verfügbar durch	a) Neubau ..	4	—
		b) Rationierung usw. ..	1	—
		c) Haushaltsauflös. usw. ..	109	68
	d) Tausch ..	138	132	
Zusammen	insgesamt		2640	1994
	davon verfügbar durch	a) Neubau ..	314	231
		b) Rationierung usw. ..	292	91
		c) Haushaltsauflös. usw. ..	1118	974
	d) Tausch ..	916	726	

An Tabelle 3 a fällt der starke Rückgang in der Nachfrage nach Mittel- und Großwohnungen auf, dem ein starkes Bedürfnis an Kleinwohnungen gegenüber steht.

Tabelle 3 b zeigt ein starkes Zunehmen der Tauschfälle, was wohl darauf zurück zu führen ist, daß mit Beginn des letzten Jahres die oben kurz erörterten strengeren Vorschriften bezüglich der Beurteilung und Erledigung der einzelnen Gesuche in Kraft getreten sind. Ein klares Bild der Lage ergibt sich, wenn man, wie es den geltenden Bestimmungen entspricht (s. oben), den im Jahr 1922 durch Neubau, Rationierung und Haushalts-Auflösung verfügbar gewordenen Wohnraum der Nachfrage bei Beginn des Jahres 1922 gegenüber stellt.

¹) Die in Klammern beigefügten Zahlen stellen die vordringlichen Fälle dar.

²) Die als Bewerber für 2 Zimmer angeführten Fälle sind durchweg in den Listen als solche für „1 bis 2 Zimmer“ geführt.

³) Die Zahl der Wohnungssuchenden ist in Karlsruhe verhältnismäßig niedriger und nur in schwachen Steigen begriffen, da, wie unten gezeigt wird, nach dem Krieg eine umfangreiche Neubautätigkeit in Gang gesetzt wurde.

Tabelle 5.

Im Jahr 1922 verfügbare Wohnungen von	1	2	3	4	5 u. mehr Zimm.
a) durch Neubau	—	29(+23=52)	194 (+9=290)	8 (+25=33)	—
b) " Rationierung	28	44	19	—	—
c) " Haushalts-Aufh.	109	427	311	88	68
zusammen	137	500 (529)	524 (620)	96 (121)	68
Bedarf Anfang 1922 . . .	184	1553	703	166	67
Bilanz	47	-1056(-1023)	179(-79)	-70(45)	—

Wären also die im Jahr 1922 angefallenen verfügbaren Wohnungen ausnahmslos an Neubedarfsfälle vergeben worden, so wäre nur noch ein geringer Bedarf an Mittelwohnungen vorhanden, lediglich ein solcher an Kleinwohnungen in erheblichem Ausmaß zu decken.

Wir wollen diesem Bedarf die bisherige Wohnungsproduktion in Karlsruhe gegenüber stellen.

Zusammenstellung der Karlsruher Wohnungsbeschaffung 1919—1922.

Bauherr	Zimmerzahl						Wohnungen		
	1	2	3	4	5	6 u. mehr	insgesamt	davon bezogen	im Bau
I. Dauerwohnungen in Neubauten.									
Stadtgemeinde	10	64	131	3	—	—	211	211	—
Reich	—	2	16	6	2	—	26	16	10
Land	—	6	32	29	11	—	78	30	48
Genossenschaft mit Beihilfe	—	98	64	124	14	—	876	593	283
Private mit Zuschuß	1	29	92	21	18	7	168	118	50
Private ohne Zuschuß	—	—	9	15	4	8	36	22	14
Zusammen	11	199	923	198	49	15	1395	990	405
II. Wohnungen in bestehenden Gebäuden (Dauer-, Behelfs- und Notwohnungen).									
Stadtgemeinde	5	37	23	3	—	—	68	68	—
a) in eigenen Gebäuden	—	—	—	—	—	—	—	—	—
b) in angemiet. Gebäuden (Kasernen)	126	144	64	2	—	—	336	262	74
Reich	—	—	—	—	—	—	114	108	6
Land	—	—	—	—	—	—	90	90	—
Private m. Zuschuß	8	17	16	3	1	—	45	45	—
Private o. Zuschuß (Abtrennungen)	—	—	—	—	—	—	110	1090	10
Zusammen	139	198	103	8	1	—	1753	1663	90
Wohnungen insgesamt							3148	2653	495

Aus dem ersten Teil der vorstehenden Tabelle ist zu ersehen, daß bei den Neubauten, insbesondere den durch Stadt und Genossenschaften errichteten, die Dreizimmer-Wohnung weitaus überwiegt: Sie umfaßt 66 v. H. der Gesamtzeugung. Daß hierbei Dreizimmer-Wohnungen bevorzugt werden, ist dem anerkanntswerten Bestreben entsprungen, nicht nur der bestehenden Not abzuhelfen, son-

*) Bei Aufstellung der betr. Statistik seitens des Wohnungsamtes wird die Vergabung der betr. Wohnungen zugrunde gelegt. Gegenüber dem Bauprogramm 1922 erscheint die obige Zahl so gering, weil 1) vom 2. Bauabschnitt 1921 23 Zwei-, 96 Drei-, u. 23 Vierzimmer-Wohnungen, welche im Frühjahr 1922 bezogen worden sind, bereits im Spätjahr 1921 vergeben worden waren, 2) vom Bauabschnitt 1922 19 Zwei-, 183 Drei- und 45 Vierzimmer-Wohnungen, welche im Frühjahr fertig werden, noch nicht endgültig vergeben sind. Der Zugang aus dem II. Bauabschnitt 1921 ist bei den in Klammern gesetzten Ziffern berücksichtigt. Das dadurch entstehende Ergebnis entspricht wohl mehr der Wirklichkeit.

Vermischtes.

Der Besuch der Technischen Hochschule in Braunschweig beläuft sich in diesem Wintersemester auf zus. 1670 Personen, und zwar 1166 Studierende, 102 Fachhörer und 402 Gasthörer. Unter der Gesamtzahl befinden sich 251 Damen. Auf die Abteilung für Architektur kommen zusammen 103 Personen, für Ingenieurwesen 121, für Maschinenbau 413, für Elektrotechnik 195, für Chemie 226, für Pharmazie 122 und für allgemein bildende Wissenschaften, Mathematik und Naturwissenschaften 490 Personen. Von den 1670 Besuchern gehören 1496 dem Deutschen Reich an, 174 dem Ausland. Vom Ausland sind am stärksten beteiligt Bulgarien mit 64 und Rumänien mit 23 Besuchern. —

Vorträge des Außeninstitutes der Technischen Hochschule Berlin, die im Januar und Februar 1923 mit Lichtbildern abgehalten wurden und werden, sind der „Wissenschaft des Spätens“ gewidmet. In der Reihe von 6 Vorträgen soll ein zusammenfassendes Bild der Arbeiten

gegeben werden, die Deutschland auf dem Gebiet der Ausgrabungen geleistet hat. Es sprachen: am 27. Januar Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. W. S c h u c h a r d t, Direktor des Museums für Völkerkunde in Berlin, über „Alt-Europa“; am 29. Januar Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Th. Wiegand, Direktor der Antiken Abteilung des Staatlichen Museums in Berlin, über „Ergebnisse der Ausgrabungen der Berliner Staatlichen Museen in Milet und Didyma“; am 5. Februar Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Ludwig Borchardt in Berlin über „Die Pyramiden“; es sprechen am 12. Februar Prof. Dr. Ferd. Noack an der Universität Berlin über „Griechische Plastik; Funde und Erfolge neuerer Ausgrabungen“; am 19. Februar Dr.-Ing. Andrae, Kustos an den staatlichen Museen zu Berlin, über „Der Turm zu Babel“; am 26. Februar Prof. Dr. Sarre von den staatlichen Museen zu Berlin über „Die persische Baukunst der islamischen Zeit“. Die Vorträge, die für Jeder-

den auch für die Zukunft zu sorgen: Die Dreizimmer-Wohnung im Eigen- oder Miethaus sollte für eine Familie mit ein bis zwei Kindern die normale Unterkunft sein. Vom Gesichtspunkt der Wohnungs-Bewirtschaftung aus kann in der Auswirkung, welche dieses Programm gefunden hat, allerdings ein nicht ganz befriedigendes Ergebnis festgestellt werden. Erfahrungsgemäß fällt bei der Vergabung von Genossenschafts-Wohnungen mindestens die Hälfte an Genossenschafts-Mitglieder, welche den oben dargestellten Richtlinien für die Wohnungs-Bewirtschaftung nicht restlos entsprechen; so wird fast die Hälfte der Genossenschafts-Wohnungen von Genossen bezogen, welche wohnungsamtlich als Tauschfälle geführt werden, jedoch eine kleinere Wohnung inne haben, als sie sie in der Genossenschaft erhalten, die also nicht in eine so große freie Wohnung kommen dürften, sondern sich nur im Weg des Tausches verbessern können. Die Rücksicht auf das innere Leben der Genossenschaften läßt solche Erscheinungen begreifen, allein die Auswirkungen zeigen sich auch bei den frei werdenden Privatwohnungen in nicht unbedenklichem Ausmaß, sodaß die anfallenden freien Wohnungen nur zum Teil an die für diese einzig berechtigten Neubedarfsfälle vergeben werden. Wohl werden auf diese Weise häufig zwei Wohnungsgesuche auf einmal erledigt, indem z. B. ein Tauschfall — entgegen den Richtlinien — von einer Zweizimmer-Wohnung in eine leere Dreizimmer-Wohnung kommt, dessen bisherige Zweizimmer-Wohnung aber einem Neubedarfsfall gegeben wird. Die Folgen hiervon sind in den Tabellen 1 und 2 zum Ausdruck gekommen.

Es muß also in Zukunft durch Neubauten weniger Wohnungskultur gepflegt und mehr der bestehenden Not abgeholfen werden.

IV. Die technische Durchführung von Kleinstwohnungen, welche aus Wohnküche und Schlafzimmer bestehen, bereitet keine erheblichen Schwierigkeiten. Sie wird im Einzelnen, wie das demnächst auch in Karlsruhe geschieht, wohl am zweckmäßigsten zum Gegenstand von Wettbewerben gemacht, da die Voraussetzungen über die Siedlung im Ganzen örtlich verschieden und bei der Errichtung von Kleinstwohnungen von grundlegender Bedeutung sind. Grundsätzlich sind drei Möglichkeiten vorhanden:

- a) die Kleinstwohnung wird zunächst als „Kern“ errichtet und später 1. durch Anbauten, 2. durch inneren Ausbau erstmals nur überdachter Räume erweitert;
- b) man schneidet aus einem Grundriß eine Wohnung mehr heraus als eigentlich beabsichtigt und teilt diese später auf die beiden andern auf demselben Geschoß liegenden Wohnungen. (Z. B. statt zwei Dreizimmer-Wohnungen vorerst zwei Zwei- und eine — später zu teilende — Einzimmer-Wohnung.)

Von vornherein muß dafür Sorge getragen werden, daß diese Kleinstwohnungen nicht eine dauernde Erscheinung bleiben, sondern, sobald es unsere Wirtschaft irgend erträgt, durch Neubauten ersetzt werden. Unter allen Umständen muß diese Frage in den Baudarlehen-Verträgen geregelt werden. Der Zweck der Kleinstwohnung soll ja der sein, daß durch sie eine der heutigen Wirtschaftslage entsprechende Abhilfe der Not möglichst rasch herbei geführt und dann mit sich bessernden Verhältnissen eine gestaffelte Verbesserung in der Wohnungs-Beschaffung vorgenommen wird. Dieser Weg erscheint jedenfalls zweckmäßiger als das bisherige Verfahren, bei dem nur einem Teil der notleidenden Bevölkerung geholfen wurde, der andere Teil dann aber umso länger auf eine Änderung seiner Lage warten mußte.

Die Einzelheiten der Finanzierung und Organisation der Kleinstwohnung mögen mit Rücksicht auf den oben erwähnten Wettbewerb für später vorbehalten bleiben. —

gegeben werden, die Deutschland auf dem Gebiet der Ausgrabungen geleistet hat. Es sprachen: am 27. Januar Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. W. S c h u c h a r d t, Direktor des Museums für Völkerkunde in Berlin, über „Alt-Europa“; am 29. Januar Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Th. Wiegand, Direktor der Antiken Abteilung des Staatlichen Museums in Berlin, über „Ergebnisse der Ausgrabungen der Berliner Staatlichen Museen in Milet und Didyma“; am 5. Februar Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Ludwig Borchardt in Berlin über „Die Pyramiden“; es sprechen am 12. Februar Prof. Dr. Ferd. Noack an der Universität Berlin über „Griechische Plastik; Funde und Erfolge neuerer Ausgrabungen“; am 19. Februar Dr.-Ing. Andrae, Kustos an den staatlichen Museen zu Berlin, über „Der Turm zu Babel“; am 26. Februar Prof. Dr. Sarre von den staatlichen Museen zu Berlin über „Die persische Baukunst der islamischen Zeit“. Die Vorträge, die für Jeder-

mann zugänglich sind, finden von 6½—8 Uhr im Saal 301, Erweiterungsbau der Techn. Hochschule, statt. —

Ausbreitung der elektrischen Heizung in der Schweiz. Die zunehmende Kohlennot und die Verteuerung der Kohle haben auch in der Schweiz dazu geführt, in Wohnungen und Fabriken mehr und mehr zur elektrischen Heizung überzugehen. Es hat sich namentlich das System der Speicherheizung ausgebildet, da die meisten Elektrizitätswerke am Tage so stark belastet sind, daß sie nur während der Nacht Heizstrom abgeben können. Voraussetzung für die elektrische Speicherheizung ist, daß der Nachtstrom sehr billig ist; noch bei einem Strompreis von 4 Cts. für die kWh soll die elektrische Speicherheizung, der Zeitschrift „Rauch und Staub“ zufolge, billiger sein als die Kohlenheizung, obwohl die Anschaffungskosten nicht unbedeutend sind. Die Übertragung der elektrisch erzeugten Wärme auf das Wasser erfolgt entweder durch Widerstand-Heizkörper oder durch Elektroden-Heizung, in welchem Fall in dem Wasserbehälter keine besonderen Heizkörper angebracht sind, vielmehr findet der Übergang des elektrischen Stromes unmittelbar zwischen den Elektroden statt.

Neben der Speicherheizung wird auch der elektrische Kachelofen vielfach benutzt. Hierbei sind in den Öfen elektrische Widerstands-Heizkörper eingebaut, die die umgebenden Kachelmassen erwärmen. Diese Kachelöfen werden meist nur während der Nachtstunden geheizt und geben am nächsten Tag die aufgespeicherte Wärme an den Raum ab. Es sind in der Schweiz für diesen Zweck seit dem Jahr 1917 mehrere in technischer, hygienischer und wirtschaftlicher Hinsicht brauchbare Ofenkonstruktionen geschaffen worden, darunter auch verschiedene leicht transportable Kachelöfen, sowie solche, die abwechselnd mit Holz und Kohle oder mit elektrischem Strom betrieben werden können, wenn die Elektrizitätswerke die Stromabgabe infolge von Wassermangel unterbrechen müssen. Derartige Kachelöfen für Holzfeuerung und mit einem eingebauten elektrischen Heizkörper werden in der Schweiz in sehr zweckmäßiger Form und Ausführung gebaut. —

Wettbewerbe.

Wettbewerb Krankenhaus-Neubau Staufen in Baden.

Ein I. Preis von 90 000 M. wurde nicht verteilt, dagegen je ein II. Preis in Höhe von 105 000 M., und zwar einer an die Firma Betzel & Langstein in Karlsruhe und einer an die Regierungsbaumeister Dr. Möhrle und Wolf in Freiburg. Je ein Ankauf in Höhe von 60 000 M. wurde dem Entwurf des Professors v. Teuffel in Karlsruhe, der Architekten Betzel & Langstein in Karlsruhe und des Architekten Mühlbach in Freiburg zuteil. Zum Ankauf wurden der Gemeinde weiter noch empfohlen um die gleichen Beträge die Entwürfe des Regierungsbaumeisters Fischer in Sinsheim a. E. und der Architekten Blümel & Irion in Freiburg i. B. Das Preisgericht hat der Gemeinde weiterhin empfohlen, mit Rücksicht auf die stark gestiegene Geldentwertung die Preise auf das Doppelte zu erhöhen. Bei der Gemeinde scheint Geneigtheit in dieser Richtung vorhanden zu sein. —

Wettbewerb Kaufmannshaus Köln a. Rh.

Es besteht entgegen anders lautenden Meldungen z. Zt. nicht die Absicht, einen engeren Wettbewerb auszuschreiben. Sollte es zu einer Weiterverfolgung der Bauangelegenheit kommen, so wird seitens der Kölner Architektenerschaft erwartet, daß der Entscheidung und der Stellungnahme des Preisgerichtes hierzu, sowie einem Beschluß der Ortsgruppe Köln des „B. D. A.“ Rechnung getragen wird. Die Entscheidung des Preisgerichtes war folgende: I. Preis: Theodor Willkens in Köln; II. Preis Fritz Fuß in Köln; III. Preis German Bestelmeyer in Berlin; 1. Ankauf Martin Elsässer in Köln; 2. Ankauf Heinrich Müller-Erkelenz in Köln; 3. Ankauf Peter Behrens in Berlin. Nach Schluß des Preisgerichtes hat dessen Vorsitzender, Theodor Fischer, München, folgendes Schreiben an die Kaufmannshaus Akt.-Ges. Köln gerichtet: „Das Preisgericht hat es versäumt, sich über die Eignung der preisgekrönten Entwürfe zur Ausführung zu äußern. Das Ergebnis einer von Köln ausgehenden Umfrage fasse ich dahin zusammen, daß die technischen Mitglieder des Preisgerichtes nach Lage der Dinge empfehlen, mit dem ersten Preisträger, Herrn Architekt Willkens, in Verhandlungen über die Ausführungspläne einzutreten.“

Die Ortsgruppe Köln des „B. D. A.“ hat folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt: „Die Ortsgruppe Köln des „Bundes Deutscher Architekten“ erwartet auf das Zuversichtlichste, daß die Kaufmannshaus Akt.-Ges. und der Herr Oberbürgermeister entschieden dafür eintreten, daß der I. Preis im Wettbewerb um das Kaufmannshaus zur Grundlage für die Weiterbearbeitung durch den Verfasser gemacht wird und daß die leicht zu beseitigenden Nach-

teile dieses Entwurfes nicht als Hinderungsgrund für die Weiterarbeit des Verfassers angesehen werden.“

Es ist hiernach nicht verständlich, welchem Zweck unrichtige Nachrichten über die angeblichen Anforderungen zu einem engeren Wettbewerb dienen sollen. Das Spruchamt des Landesbezirks Rheinland (links) und der Vorstand der Ortsgruppe Köln des „B. D. A.“ werden gegen jede nicht unbedingt nötige Verschiebung der durch das Preisgericht geschaffenen Grundlagen für die Weiterbearbeitung Einspruch erheben und die Standesinteressen wahren. Damit werden auch im Sinn der „Grundsätze für das Verfahren bei Wettbewerben auf dem Gebiete der Baukunst“ die Interessen der Kunst am besten gewahrt. Denn nach diesen Grundsätzen dient die Veranstaltung von Wettbewerben „den Interessen der Auftraggeber (Auslober) und der Wettbewerber und ebenso den Interessen der Kunst. Der Wettbewerb soll dazu führen, dem Auslober die möglichst beste Lösung der gestellten Aufgabe und gleichzeitig den geeignetsten Meister für die Ausführungen zu ermitteln.“ Das ist in dem Wettbewerb Kaufmannshaus Köln in hervorragendem Maß eingetroffen. —

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Ausmalung der Stadtkirche in Winterthur eröffnet die Kirchenpflege unter den das Winterthurer Bürgerrecht besitzenden und den in Winterthur niedergelassenen schweizer Künstlern mit Frist zum 20. Februar 1923. Zum Wettbewerb besonders eingeladen sind die schweizer Künstler A. H. Pellegrini in Basel, Paul Theophil Robert in Paris, E. G. Rüeegg in Zürich, Niklaus Stöcklin in Basel und Paul Zehnder in Bern. Die Entwürfe der eingeladenen Künstler werden mit je 500 Franken honoriert; zur Preisverteilung und zum Ankauf von Entwürfen stehen 8000 Franken zur Verfügung, wobei der I. Preis nicht unter 3000 Franken, der Mindestsatz für einen Ankauf 500 Franken betragen sollen. Es handelt sich um Wandmalereien, die durch den Verfasser eines zur Auszeichnung gelangten Entwurfes ausgeführt werden sollen, doch behält sich die Kirchenpflege unter Zuziehung des Preisgerichtes die endgültige Entschliebung über die Ausführung der Malereien vor. Im Preisgericht befinden sich u. A. Dr. H. Trog in Zürich, Prof. Dr. Zemp in Zürich, Maler Henry Bischoff in Lausanne, Maler Aug. Giacometti in Zürich und Prof. R. Rittmeyer, Architekt in Winterthur. Unter den Ersatzleuten befinden sich der Konservator Dr. W. Wartmann in Zürich und der Maler H. Sturzenegger in Schaffhausen. —

Personal-Nachrichten.

Oberbaurat Heinrich Wallraff in Nürnberg ist am 1. Februar 1923 nach fast vierzigjährigem Wirken im Dienst der Stadt Nürnberg in den Ruhestand getreten. Wallraff, der in Vielem sein eigener Lehrer war, hat eine stattliche Reihe großer Neubauten ausgeführt und ist namentlich durch die Anlage des städt. Krankenhauses in Fachkreisen bekannt geworden. Ganz besonders hat er sich aber auf dem Gebiet der Denkmalpflege einen weithin geachteten Namen erworben. Hier ist sein Hauptwerk die trefflich gelungene Erneuerung des „Schönen Brunnens“ auf dem Hauptmarkt in Nürnberg. — Wallraff ist ein ganz ausgezeichnete Kenner alter Kunst, und zwar sowohl der Architektur wie der Malerei und Bildnerie. Die von ihm vorgenommenen zahlreichen Instandsetzungs-Arbeiten sind vorbildlich zu nennen. —

Ehrendoktoren technischer Hochschulen. Geheimer Regierungsrat Dr. phil. Friedrich Seeßelberg, ord. Professor in der Fakultät für Bauwesen der Technischen Hochschule Berlin, ist „in Anerkennung seiner fünfundzwanzigjährigen fruchtbringenden Lehr- und Forschungstätigkeit, sowie in Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um die deutsche Industrie durch Förderung sparsamer Bauweisen und Organisation von Bauausstellungen“ von der Technischen Hochschule in Breslau zum Dr.-Ing. ehrenhalber ernannt worden. —

Zum Ehrenbürger der Marktgemeinde Freiling in Bayern wurde der Geh. Kommerzienrat Jakob Heilmann, der Begründer und Mitinhaber des Baugeschäftes Heilmann & Littmann in München, in Erinnerung an die fünfzigste Wiederkehr der Eröffnung der Bahnstrecke Vilseck—Weiden, die er als 24jähriger Ingenieur gebaut hat, ernannt worden. —

Inhalt: Zur Frage der „Kleinstwohnungen“. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Personalnachrichten. — Aus dem Vereinsleben. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
W. Büxenstein Druckereigesellschaft, Berlin SW.

AUS DEM VEREINSLEBEN

Pfälzischer Architekten- und Ingenieur-Verein. Am 20. August 1922 tagte die 87. ordentliche Vollversammlung des Pfälz. Architekten- und Ingenieur-Vereins zu Landau. Die Tagung galt hauptsächlich der Stellungnahme zu den für die Abgeordneten-Versammlung des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ in Lübeck vorliegenden Anträgen. Als Abgeordnete dorthin wurden die Hrn. Oberregierungsrat Eickemeyer und Stadtbaurat Kalbfus bestimmt. Eine ausführliche Begründung des Hrn. Bezirksbaumeisters a. D. Völcker über Mängel der Wettbewerbsfragen lief einstimmig angenommene Ergänzungsvorschläge zu den Wettbewerbs-Grundsätzen des Verbandes aus. Völlige Übereinstimmung herrschte auch in der Frage, daß sich die Übernahme von Privatarbeiten durch Beamte, soweit sie voll beschäftigt sind, mit den allgemeinen Interessen nicht verträgt. Nach einem allgemeinen Bericht des Vorstandes ergab die Wahl folgende Zusammensetzung des neuen Vorstandes: Oberregierungsrat Eickemeyer, Architekt Dietrich, Bauassessor Dohmaier, Architekt Wiedemann, Professor Marz, Stadtbaurat Kalbfus, Bezirksbaumeister Merl.

Der zweite Teil der Verhandlungen fand unter Zutritt der Nichtmitglieder statt. Hr. Architekt Hartung begrüßte als Vorsitzender der Ortsgruppe Landau die Gäste, worauf Hr. Stadtbaurat Kalbfus über die „Städtebauliche Entwicklung der Stadt Landau“ berichtete. Aus den Gegebenheiten der geographischen Lage der Stadt wurden die verkehrstechnischen und wirtschaftlichen Verhältnisse abgeleitet und die einzelnen Tatsachen der wirklichen Entwicklung auf ihre Folgerichtigkeit aus diesen bestimmenden Faktoren untersucht. Die Einflüsse der Eigenschaft der Stadt als Festung über fast 200 Jahre, das Straßennetz der Neustadt, die Eisenbahn-Anlage, Oberlandbahn und die Automobillinien der Post fanden nach ihren negativen und positiven Einwirkungen auf die Stadtentwicklung ihre Würdigung, während andererseits aus der besonderen Art des städtischen Einflußgebietes abgeleitet wurde, inwieweit die Stadt den verschiedenen Erwerbsgruppen eine natürliche und gesunde Betätigung gewährleistet. Nach Darstellung der Auswirkungen dieser Bedingungen auf die im Interesse der Einwohnerschaft geschaffenen technischen Einrichtungen kam der Vortrag zu dem Schluß, daß unbeschadet einiger kurzer Perioden mit fast sprunghafter Ausdehnung die allein maßgebende und mit Jahrzehnten rechnende Gesamtentwicklung seit der Entfestigung auf Grund der geographischen Bedingungen sich stetig und folgerichtig vollzogen hat. Landau ist als eine in glücklicher Weise Handel und Industrie, Gewerbe und Rentnertum vereinigende Landstadt anzusprechen, deren neuzeitliche Einrichtungen ihr alle Annehmlichkeiten einer Großstadt sichern.

Dem Vortrag schloß sich die Besichtigung einer Ausstellung von Plänen an. Die Landauer Architekten hatten Skizzen, Entwürfe und Modelle, ausgeführte Bauten oder Gedanken für solche darstellend, das Stadtbauamt die preisgekrönten und angekauften Entwürfe des jüngsten Schulhaus-Wettbewerbes, Stadtpläne und verschiedene hoch- und tiefbautechnische Arbeiten ausgestellt, ferner Hr. Strieffler seinen für die zentrale Beheizung von Kleinwohnungen und Einzelhäusern geeigneten und in Landau zum ersten Mal angewendeten Herd. Eine vortreffliche Abrundung boten noch die farbigen Architektur-Aufnahmen des Hrn. August Croissant und Federzeichnungen des Hrn. Kraus. Ein Rundgang erfolgte am Nachmittag (unter Führung des Hrn. Professor Hagen) durch die Stiftskirche und das städtische Museum, durch die seit dem Krieg entstandenen neuen Häuser und (unter Führung der Hrn. Obergering Langens und Direktor Jost) durch die Internationale Maschinen- und Tiefbohrgerätefabrik.

Die Tagung fand ihren Abschluß im geselligen Beisammensein in dem schönen stimmungsvollen Hof des Kreuzganges im Zeughaus.

Am 21. August 1922 besuchte Hr. Regierungspräsident v. Chlingensperg mit mehreren Herren der Regierung die Ausstellung der Ortsgruppe Landau des Pfälz. Architekten- und Ingenieur-Vereins, über die wir oben berichtet haben.

1922 fanden in der Ortsgruppe Landau 8 Vorträge statt: Am 7. Jan. 1922 sprach Stadtbaurat Kalbfus

über „Industriebahn-Anlagen“. Nachgewiesen wurde der Vorteil einheitlicher guter Anlagen für den Betrieb. Die Pläne für einen eigenen 6gleisigen Rangierbahnhof und Erweiterungsmöglichkeiten der Landauer Industriebahn ließen bei aller Wirtschaftlichkeit großen Sinn und vorzügliches Zusammenarbeiten von Reichsbahn und Stadt erkennen. — Am 4. Febr. behandelte Architekt Cappel „Die Dreigliederungsidee Steiners in der Technik“; am 4. März Bezirksbaumeister Berghammer das Thema: „Friedhofs-Anlagen in Stadt und Land“. Der Schwerpunkt des Vortrages lag in der Beurteilung, inwieweit die in Fachkreisen anerkannten Grundsätze und Richtlinien im näheren Bezirk sich durchgesetzt haben. Am 1. April sprach Architekt Kleemann. Behandelt wurden Vorkommen und Bedeutung von Granit, vornehmlich auf Grund eigener Erfahrungen. — Am 13. Mai Stadtbaurat Geisselbrecht: „Das Erbbau-recht“. Nach materieller Darstellung wurde seine Aufnahme in der Pfalz besprochen. In Landau kann von seiner Einführung erst seit 1919 (Gemeinnützige Baugesellschaft), vor Allem aber 1922 bei den zahlreichen Bauten der Gemeinnützigen Baugesellschaft, in der die Stadt die Mehrheit besitzt, gesprochen werden. Am 26. Mai hielt Stadtbaurat Kalbfus einen Vortrag über den Wettbewerb für das Landauer Volksschulhaus. An der Hand der 132 Entwürfe entwickelte der Referent eine Systematik der verschiedenen Lösungsmöglichkeiten, um zuletzt die ausgezeichneten Arbeiten im Einzelnen zu besprechen. — Derselbe Redner sprach am 29. Juli über „Neuzeitliche Müllabfuhr und Müllverbrennung“. — Am 11. November hielt Architekt Biber nach langjährigem Aufenthalt in Kiautschau einen Vortrag über „Östliche und westliche Kultur“.

Daneben waren verschiedene Versammlungen der Berichterstattung über Vereinsangelegenheiten (insbesondere Verbesserung der Wettbewerbsgrundsätze und Bauberatung), Vertretertag in Neustadt a. d. H. und die Lübecker Abgeordneten-Versammlung gewidmet. Mit großer Freude setzte sich die Ortsgruppe auch dafür ein, die am 20. August in Landau tagende Vollversammlung des „Pfälz. Architekten- und Ingenieur-Vereins“ würdig zu empfangen.

Alle Versammlungen waren seitens der 27 Mitglieder der Ortsgruppe und einiger Gäste stets gut besucht und durch lebhaftes Aussprechen immer anregend. Erwünscht wäre nur, daß den lokalen Bemühungen der Ortsgruppe zur Zusammenfassung der im technischen Beruf Tätigen, zur eigenen Weiterbildung und zur Anerkennung technischer Leistungen mehr Nachahmung beschieden wäre. —

Architekten-Verein zu Berlin. Am 22. Januar 1923 sprach vor dem „Architekten-Verein“ und dem „Verein für Eisenbahnkunde“ zu Berlin unter dem Vorsitz des Geh. Ob.-Br. Rich. Saran vor einer sehr zahlreichen Versammlung in lebendigem Vortrag unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder der Ingenieur Prof. C. Andreae von der Techn. Hochschule in Zürich über den „Ausbau des zweiten Simplon-Tunnels“. Im Eingang seiner Ausführungen schilderte der Vortragende kurz die Lage und die Vorgeschichte des Simplon-Tunnels. Dieser verbindet das Wallis mit Oberitalien, das Rhône-Tal mit dem Tal des Toce und entwickelt sich zwischen den Orten Brig und Domodossola derart, daß von seiner Länge von nahezu 20 000 m etwa 9975 m auf Schweizer Gebiet und 10 580 m auf italienisches Gebiet kommen. Ein Staatsvertrag zwischen beiden Staaten regelte die Verhältnisse bei der Ausführung des ersten Teiles der Anlage. Diese ist länger als der Gotthard-Tunnel. Die ersten Pläne zum Durchstich dieser Alpenkette gehen bis auf das Jahr 1860 zurück. Für die Ausführung wurde der besseren Lüftungsmöglichkeit wegen das Zweitunnel-System mit einem Abstand der Tunnelachsen von durchschnittlich 17 m gewählt. Die Erbauer des ersten Teiles der Anlage, die Ingenieure Brandt aus Hamburg, Brandau aus Kassel, Locher aus Zürich im Verein mit Gebrüder Sulzer in Winterthur für die maschinellen Anlagen entschieden sich nach reiflicher Überlegung dafür, die beiden Schienenstränge nicht in eine große Tunnelröhre zu legen, sondern zwei Tunnel mit je einem Strang zu schaffen. Die Vermessungsarbeiten ergaben einen Basis-Tunnel, der ohne steile Rampen von der Schweizer Seite mit einer Talbahn erreicht wird. So wurde

der Simplon-Tunnel der tiefstliegende der Alpentunnels. Der Vortragende beschrieb kurz die Art der Ausführung des Tunnels I und die Erfahrungen, welche die Bauunternehmung bei dieser Ausführung machte. Von der Absicht, beide Stollen zugleich auszuführen und sie alle 200 m durch einen Querstollen mit einander zu verbinden, kam man ab und erstellte zunächst den Stollen I, um nach dem Vertrag bei Erreichung einer gewissen Verkehrshöhe auch den Tunnel II auszuführen. Als Bauzeit waren für Tunnel I 5½ Jahre, für Tunnel II 4 Jahre in Aussicht genommen. Im Februar 1905 erfolgte der Durchschlag im Tunnel I und Ende dieses Jahres war der Tunnel fertig ausgemauert und bald auch betriebsfähig. Der Verkehr stieg so schnell, daß die Schweiz und Italien bald auch an die Ausführung des Tunnels II denken mußten. Da jedoch die Erbauer von Tunnel I gebeten hatten, sie vom Vertrag zu entbinden, so übernahmen die Schweizerischen Bundesbahnen den Ausbau und stellten an die Spitze der Arbeiten den Ingenieur Dr. Rothpletz, der die Arbeiten am Lötschberg- und am Hauenstein-Tunnel geleitet hatte. Die hier gemachten Erfahrungen und Fortschritte, die Anwendung der österreichischen und der belgischen Bauweise kamen dem neuen Simplon-Tunnel zugute. Der Vortragende beleuchtete nun die Aufgaben, die der Ausbau des zweiten Tunnels den Ausführenden stellte; er schilderte die gewählten Lösungen für die Gesteinsbohrung, für Förderung, Lüftung, Wasserableitung, Bau- und Betriebsweise und namentlich die sehr wichtige Organisation der Arbeit. Er erörterte auch die Sicherungs-Maßnahmen für Tunnel I während der Ausführung des Tunnels II und berichtete eingehend über die Erfahrungen, die hinsichtlich des Gebirgsdruckes, Abspaltung von Gesteinsmassen, Einbruch von Quellen usw. gemacht wurden. Der Ausbau erfolgte zum Teil durch Bruchsteinmauerwerk bis zu den Widerlagern, in den Gewölben ausschließlich durch Kunststeine, die an der Baustelle hergestellt wurden. Bemerkenswert waren auch die Mitteilungen über die Werkstätten, in denen die Hilfsarbeiten für die Bauausführung geleistet wurden. Tunnel II war noch im Bau, als der Krieg ausbrach. Die Arbeiten wurden aber zunächst weiter geführt, bis auch Italien am Krieg teilnahm und die Kriegsbereitschaft der Schweiz selbst die Baustelle entvölkerte. Die Arbeiten am zweiten Tunnel waren im Dezember 1912 auf der Nordseite, im Jahr 1913 von der Südseite her begonnen worden, 1915 wurden sie hier unterbrochen; auf der Schweizer Seite wurden die Arbeiten 1914 vorübergehend eingestellt. Nachdem sich aber die Kriegsgefahr für die Schweiz vermindert hatte und die eingezogenen Mannschaften zum großen Teil wieder entlassen werden konnten, wurden die Bauarbeiten 1915 wieder aufgenommen und nur mit großer Mühe bis 1918 weiter geführt, da auch jetzt noch der größte Teil der Bauarbeiter durch die Kriegsindustrie in Anspruch genommen wurde. Erst nach Friedensschluß 1918 konnte wieder mit vollen Kräften gearbeitet werden. Mitte 1919 nahmen die Schweizer Bundesbahnen die Installationsarbeiten und Ende 1919 die Arbeiten im Inneren des Tunnels wieder auf, die dann ohne Unterbrechung zu Ende geführt wurden, sodaß im Dezember 1921 auf der nördlichen Hälfte der Schlußstein eingefügt werden konnte. Die Baukosten waren inzwischen auf das 2½-fache gestiegen. Der Vortragende gab zum Schluß der Anschauung Raum, daß das System des Doppeltunnels sich bewährt habe, daß aber nur etwa in Abständen von 1 km oder mehr statt 200 m Querschläge für Luftzuführung anzuordnen seien. —

Der Landesbezirk Rheinland (links) des „Bundes Deutscher Architekten“ hielt am 21. Januar 1923 seinen diesjährigen Bezirkstag in Bonn ab. Architekt Bloemers hieß die Versammlung im Namen der Bonner Architekten des B. D. A. herzlich willkommen und betonte den Wert des engeren Zusammenschlusses gerade in der heutigen Zeit. Der Vorsitzende des Landesbezirks, Regierungshaumeister Fabricius-Köln, begrüßte die erschienenen Mitglieder, Ehrengäste und Freunde und wies auf die unendliche Not hin, die sich mehr und mehr über unser Vaterland ausbreitet. Von dieser Not werde insbesondere auch der Architekt in erheblichem Maß betroffen. In einer Zeit, in der das ganze Baugewerbe darnieder liege, wo der Ziegelstein in die Reihe der Halbedelsteine aufgerückt sei, finde der Architekt kaum noch Gelegenheit zur Betätigung. Man sei der Regierung dankbar für die Zuweisung von drei Millionen M. aus der New-Yorker Spende. Das Geld werde für die Organisation und zur Unterstützung in Not geratener Mitglieder verwandt. Der Vorsitzende hob die Bedeutung der Standesorganisation hervor und betonte, daß darauf hingearbeitet werden müsse, wie in England eine öffentliche rechtliche Organisation für den Architektenstand zu schaffen. Für die Stadt

Bonn begrüßte Beigeordneter Spoelgen die Versammlung. — Provinzialkonservator Prof. Dr. Renard-Bonn sprach nun über die Aufgaben des Denkmalschutzes. Er entwickelte die Wandlungen, die der Denkmalschutz unter der Führerschaft Schinkels im Lauf des Jahrhunderts erfahren, wie sich dieser Schutz zunächst nur auf einzelne Denkmale und Bauten, dann auf örtliche Stadtteile und weiter auf ganze Landschafts- — Naturschutz-Gebiete — ausgedehnt habe. Heute sei die Erhaltung der stolzen Baudenkmale als Zeugnis unserer bedrohten Kultur selbstverständliche Pflicht. Durch den Krieg aber, durch die Not der letzten acht Jahre sei dieser Schutz in Frage gestellt. Staat und Gemeinden können nur noch das Allernotwendigste tun, in recht vielen Fällen überhaupt nichts mehr. Die Denkmalpflege steht dem mit großer Sorge gegenüber, da die verhängnisvolle Auswirkung dieser notgedrungenen Untätigkeit noch nicht übersehen werden könne. Und doch müsse dieser kostbare Kulturbesitz erhalten werden. Wenn also unter dem Druck der heutigen Verhältnisse große künstlerische Aufgaben mit Bezug auf die Denkmalpflege für den Architekten nicht mehr erwachsen, so sei sich der Architekt doch bewußt, was auf dem Spiel steht, und er werde sein Bestes tun, das bedrohte Kulturerbe zu erhalten. Dieser kostbare Besitz aber müsse immer wieder erworben werden.

Im Anschluß an den beifällig aufgenommenen Vortrag faßte die Versammlung einstimmig die **Entscheidung**:

„Der am 21. Januar 1923 in Bonn tagende Bezirkstag des Landesbezirks Rheinland (links) des Bundes Deutscher Architekten, an dem Vertreter der benachbarten Rheinischen Landesbezirke teilnehmen, bekräftigt aufs neue die unwandelbare Treue der in der deutschen Standesorganisation zusammengeschlossenen freien Architekten der besetzten rheinischen Gebiete zum Deutschen Vaterlande und zu ihren deutschen Ländern. Wir fühlen uns auch in der Zeit der Not und in der Stunde der Gefahr einig mit den deutschen Stämmen. Wir wollen deutsch sein und bleiben, wie die bodenständigen Baudenkmäler am Rhein und ihre deutschen Meister.“

Architekt Bloemers-Bonn hielt darauf einen eingehenden Vortrag über die „Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot“. Er schilderte in düsteren Farben den Verfall des Bauwesens seit Kriegsbeginn. Überall werde das Bauprogramm gekürzt und das Begonnene könne nicht oder kaum vollendet werden. Die private Bautätigkeit sei überhaupt zusammengebrochen. Bloemers ging näher auf die Zerfallerscheinungen ein und unterschied dabei folgende Perioden: Der Kampf Einzelner gegen Alle von 1914 bis Dezember 1917. Der Gedanke „Wohnungsnot“ habe damals, wo Tausende gefallen, kaum ernsthaft ausgesprochen werden dürfen. Ende 1917 bis Sommer 1919 habe dann der Kampf Vieler gegen Viele eingesetzt und eine unübersehbare Flut von Erlassen und Verfügungen von Ministern und Regierungspräsidenten gebracht, die Unsicherheit und Wirrwarr angerichtet hätten. Im Sommer 1919 habe man mit der Bereitstellung von Überteurungszuschüssen für den Wohnungsbau, mit Zuschüssen von Gemeinden usw. begonnen. Auch diese Maßnahmen hätten keinen durchschlagenden Erfolg erzielt. Dann habe die Herrschaft der Zwangswirtschaft sich weiter ausgedehnt und den Mieterschutz, das Wohnungsamt, Mieteinigungsamt und ähnliche Einrichtungen gebracht. Auch diese Dinge hätten den Baumarkt nicht wesentlich beleben können. Redner schilderte die Verhältnisse im Stadt- und Landkreis Bonn, wo im Berichtsjahr 1921 etwa 600 Bauausführungen zu verzeichnen waren. Als Mittel zur Wiederbelebung der Bautätigkeit und damit Hand in Hand gehend zur Bekämpfung der Wohnungsnot nannte Redner und erläuterte die einzelnen Vorschläge: Propaganda der Aufklärung und Propaganda der Tat zur Wiederaufnahme der privaten Bautätigkeit. Beschleunigter Abbau der Zwangswirtschaft, schnellere Anpassung der Miete an den Geldstand. Die Miete sei heute etwa auf das Vierfache, die Gebühren aber für den Hausbesitzer auf mehr als das Zweihundertfache gestiegen. Ferner sei zu erstreben die Durchführung der freien Wirtschaft für alle neuen Wohnungen, ihre Befreiung von Steuern auf einige Jahre und Ermäßigung der Gebühren für Wasser und Licht. Ganz entschieden aber müsse der Holzwucher bekämpft und es müsse die Preisbildung bei der Erzeugung überwacht werden. Als weitere Heilmittel nannte er die Beseitigung des Kettenhandels, Abgabe von 10 Prozent der Holzerzeugung von Staat und Gemeinden für die Unbemittelten; Ermäßigung der Frachtsätze insbesondere für Kohlen zur Ziegelstein-Herstellung; Stellung von Tilgungs-Hypotheken, die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes, Stabilisierung der Mark, Einstellung des zunehmenden Notenumlaufes usw. —